

Amtliche Bekanntmachungen der Fachhochschule Potsdam

Nummer 180

Potsdam, 09.04.2010

Satzung
über die Durchführung von Verfahren zur Berufung von Professorinnen und
Professoren, Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sowie
Beschäftigung von Gastprofessorinnen und Gastprofessoren und Gastdozentinnen
und Gastdozenten der Fachhochschule Potsdam
(Berufungssatzung Fachhochschule Potsdam)
vom 09.04.2010

Herausgeber:
Rektor der Fachhochschule Potsdam
Pappelallee 8 - 9
14469 Potsdam

Postfach 60 06 08
14406 Potsdam

INHALTSVERZEICHNIS

Präambel

Abschnitt 1: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich, Zuständigkeiten

Abschnitt 2: Ordentliches Berufungsverfahren

Unterabschnitt 1: Ausschreibungsverfahren

§ 2 Vorbereitung und Entscheidung zur Ausschreibung

§ 3 Ausschreibung

Unterabschnitt 2: Verfahren im Fachbereich, Berufungskommission

§ 4 Wahl, Zusammensetzung und Unabhängigkeit der Berufungskommission, Verschwiegenheitspflichten

§ 5 Abstimmung in der Berufungskommission, Sitzungen

§ 6 Auswahlverfahren und Anhörung

§ 7 Externe Gutachten

§ 8 Beschluss der Berufungskommission über die Berufsungsliste, Berufungsvorschlag

§ 9 Beschluss des Fachbereichsrats über die Berufsungsliste

Unterabschnitt 3: Entscheidung des Senats

§ 10 Prüfung der Rechtmäßigkeit des Verfahrens, Übergabe des Berufungsvorgangs an den Senat

§ 11 Beschluss des Senats über die Berufsungsliste

Unterabschnitt 4: Berufung, Fristen und Information von Bewerberinnen und Bewerbern

§ 12 Ruferteilung durch die Präsidentin oder den Präsidenten

§ 13 Berufsungsverhandlung, Rufannahme und Ernennung

§ 14 Dauer des Berufsungsverfahrens

§ 15 Information von Bewerberinnen und Bewerbern

Unterabschnitt 5: Erneuter Beginn des Berufsungsverfahrens

16 Erneuter Beginn des Berufsungsverfahrens

Abschnitt 3: Außerordentliches Berufsungsverfahren

§ 17 Voraussetzungen der außerordentlichen Berufung ohne Ausschreibung

§ 18 Verfahren

§ 19 Außerordentliche Berufung durch die Präsidentin oder den Präsidenten

§ 20 Dauer des außerordentlichen Berufsungsverfahrens, Dokumentation

Abschnitt 4: Verfahren zur Bestellung von Honorarprofessuren

§ 21 Bestellungsvoraussetzungen

§ 22 Verfahren zur Bestellung

§ 23 Titelführung

§ 24 Stellung und Pflichten von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

§ 25 Rückgabe und Entziehung einer Honorarprofessur, Verabschiedung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

Abschnitt 5: Verfahren zur Besetzung von nebenberuflichen Professuren

§ 26 Berufsungsveroraussetzungen

§ 27 Verfahren

§ 28 Titelführung

§ 29 Stellung und Pflichten von nebenberuflichen Professorinnen und Professoren

Abschnitt 6: Verfahren zur Besetzung von Gastprofessuren und Gastdozenturen

§ 30 Einstellungsvoraussetzungen, dienstrechtliche Stellung

§ 31 Verfahren

§ 32 Titelführung

Abschnitt 7: Verfahren zur befristeten und unbefristeten Verlängerung von Dienstverhältnissen als Professorin oder Professor

§ 33 Entbehrlichkeit der Ausschreibung

§ 34 Vorbereitung der Entscheidung in den Gremien

§ 35 Beschluss des Fachbereichsrats und des Senats, Stellungnahmen der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung

§ 36 Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten

Abschnitt 7: Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

§ 3 Inkrafttreten und Außerkraftsetzen von Bestimmungen der Grundordnung

Präambel

Das Anliegen dieser Satzung ist es, auf Basis der Vorgaben des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) und der zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Fachhochschule Potsdam alle Berufungsverfahren, sowohl für die Mitglieder der Hochschule wie auch Bewerberinnen und Bewerber transparent zu gestalten.

Das Ziel der Berufungspolitik der Fachhochschule Potsdam ist - unter Beteiligung aller korporationsrechtlichen Gruppen - die Gewinnung der besten Professorinnen und Professoren für die Aufgaben der Hochschule. Dabei fühlt sich die Fachhochschule Potsdam den Anforderungen des Gender Mainstreaming und der Familienfreundlichkeit besonders verpflichtet.

Abschnitt 1: Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich, Zuständigkeiten

- (1) Diese Satzung gilt für die Berufung von Professorinnen und Professoren an der Fachhochschule Potsdam und, soweit dies in den Abschnitten 3, 4, 5, 6 und 7 bestimmt ist, auch für außerordentliche Berufungsverfahren, für die Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sowie die Berufung von nebenberuflichen Professorinnen und Professoren, für die Beschäftigung von Gastprofessorinnen und Gastprofessoren, Gastdozentinnen und Gastdozenten. Außerdem regelt sie den Umgang mit befristeten Professuren.
- (2) In Fällen, in denen eine Professur keinem Fachbereich zugeordnet oder in mehr als einem Fachbereich tätig ist, übernimmt der Senat diejenigen Funktionen, die in dieser Satzung dem Fachbereichsrat zugeordnet sind. Alle zugehörigen Regelungen sind analog anzuwenden.

Abschnitt 2: Ordentliches Berufungsverfahren

Unterabschnitt 1: Ausschreibungsverfahren

§ 2

Vorbereitung und Entscheidung zur Ausschreibung

- (1) Ein Berufungsverfahren wird durch einen Fachbereichsratsbeschluss, in dem die Eckpunkte des Ausschreibungstextes definiert sind, auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans eingeleitet. Bei regulärem Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wird das Berufungsverfahren spätestens zwei Jahre vor Freiwerden einer Professur eingeleitet. Bei neu zugewiesenen Professuren oder plötzlich eingetretenen Vakanzen wird das Verfahren unmittelbar nach Zuweisung oder Freiwerden der Professur eingeleitet.
- (2) Die Dekanin oder der Dekan beantragt auf der Grundlage des Fachbereichsratsbeschlusses die Ausschreibung der Professur bei der Präsidentin oder dem Präsidenten.
- (3) Die Präsidentin oder der Präsident prüft und entscheidet auf Grundlage des Beschlusses des Fachbereichsrates, ob die Professur

Satzung über die Durchführung von Verfahren zur Berufung von Professorinnen und Professoren, Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sowie Beschäftigung von Gastprofessorinnen und Gastprofessoren und Gastdozentinnen und Gastdozenten der Fachhochschule Potsdam (Berufungssatzung Fachhochschule Potsdam)

Amtliche Bekanntmachung der Fachhochschule Potsdam Nr. 180 vom 09.04.2010

- unter Beibehaltung ihrer bisherigen Denomination, Zuordnung und Wertigkeit besetzt oder
 - unter Änderung ihrer Denomination und/oder Zuordnung und/oder Wertigkeit besetzt oder
 - nicht besetzt werden soll.
- (4) Die Präsidentin oder der Präsident teilt der Dekanin oder dem Dekan die Entscheidung mit. Liegen Gründe vor, aufgrund derer die Präsidentin oder der Präsident dem Beschluss des Fachbereichsrates nicht folgen können, leitet die Dekanin oder der Dekan die erneute Beschlussfassung durch den Fachbereichsrat ein.
- (5) Wenn eine Änderung der Denomination, Zuordnung oder Wertigkeit der Professur für die gesamte Hochschulentwicklung bedeutsam ist, muss der Senat dem zustimmen.

§ 3
Ausschreibung

- (1) Die Dekanin oder der Dekan erstellt auf der Grundlage der Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten nach § 2 Abs. 3 innerhalb von vier Wochen einen Ausschreibungstext und legt diesen nach erneuter Beschlussfassung durch den Fachbereichsrat unverzüglich der Präsidentin oder dem Präsidenten vor.
- (2) Die Präsidentin oder der Präsident zeigt die Ausschreibung der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde rechtzeitig, mindestens drei Wochen vor der beabsichtigten Veröffentlichung, an. Die Ausschreibung der Professur erfolgt nach Ablauf der drei Wochen, sofern das MWFK keine Einwände geltend macht.
- (3) Professuren sind öffentlich und im Regelfall international auszuschreiben. Die Hochschule kann von dieser Regelung nur in den in § 38 Abs. 1 BbgHG aufgeführten Ausnahmefällen abweichen.
- (4) Geeignete Personen, insbesondere Frauen sollen über die Ausschreibung informiert und zur Bewerbung aufgefordert werden.

Unterabschnitt 2: Verfahren im Fachbereich, Berufungskommission

§ 4

Wahl, Zusammensetzung und Unabhängigkeit der Berufungskommission, Verschwiegenheitspflichten

- (1) Der Fachbereichsrat wählt zeitgleich mit der Ausschreibung, nach Gruppen getrennt, eine Berufungskommission nach § 38 Abs. 2 BbgHG. Ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten bestimmt.
- (2) Der Berufungskommission gehören in der Regel neun stimmberechtigte Mitglieder an. Zusätzlich zu den in den Absätzen 3, 4 und 6 bestimmten Mitgliedern kann der Fachbereichsrat weitere beratende Mitglieder wählen; die Berufungskommission kann weitere sachkundige Personen zur Beratung hinzuziehen.
- (3) Der Fachbereichsrat wählt als stimmberechtigte Mitglieder der Kommission:
1. in der Regel vier Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fachhochschule Potsdam, wobei eine oder einer gemäß § 38 Abs. 2 BbgHG einem anderen Fachbereich angehören kann
 2. eine akademische Mitarbeiterin oder einen akademischen Mitarbeiter,
 3. zwei Studierende und
 4. eine externe sachverständige Person, in der Regel eine externe Hochschullehrerin oder einen externen sachverständigen Hochschullehrer.
- (4) Als beratende Mitglieder gehören der Berufungskommission an:
- die Schwerbehindertenvertretung, sofern Bewerbungen von Schwerbehinderten vorliegen,
 - die zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Fachhochschule Potsdam.

Weitere hochschulexterne sachverständige Personen können als beratende Mitglieder der Berufungskommission angehören.

Die Dekanin oder der Dekan kann, soweit sie oder er nicht Mitglied der Berufungskommission ist, als beratendes Mitglied an den Sitzungen der Berufungskommission teilnehmen.

- (5) Die Hälfte der Mitglieder der Berufungskommission sollen Frauen sein, darunter mindestens eine Hochschullehrerin. In Fachbereichen, in denen weniger als drei Hochschullehrerinnen tätig sind, kann zur Erfüllung der Frauenquote in der Berufungskommission eine Hochschullehrerin eines anderen Fachbereichs gewählt werden. Die Vorschrift des § 4 Abs. 3 Nr. 1, wonach nicht mehr als ein Hochschullehrer Angehöriger eines anderen Fachbereichs sein darf, bleibt unberührt.
- (6) In Fällen des § 1 Absatz 2 können sich die Präsidentin oder der Präsident und der oder die Vorsitzende des Senates nach Maßgabe von § 38 Abs. 2 BbgHG auf eine andere als die in den Absätzen 2 und 3 benannte Zusammensetzung der Berufungskommission einigen. Die Entscheidung ist zu begründen. Einigen sie sich auf eine Zusammensetzung mit mehr als neun Mitgliedern, ist die Stimmenmehrheit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zu gewährleisten und die Vertretung der Gruppe der Studierenden in der Berufungskommission angemessen zu erhöhen.
- (7) Der Fachbereichsrat wählt aus der Gruppe der stimmberechtigten Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer in der Kommission eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden der Berufungskommission und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. Die oder der Vorsitzende lädt zu den Sitzungen der Berufungskommission ein, bereitet die Beschlussfassung durch die weiteren Gremien vor und dokumentiert die Entscheidungsfindung der Berufungskommission sowie die Stellungnahmen der beratenden Mitglieder in Sitzungsprotokollen.
- (8) Die Mitglieder der Berufungskommission sind im Berufungsverfahren unabhängig und keinen Weisungen unterworfen.
- (9) Die Mitglieder der Berufungskommission sind hinsichtlich der ihnen im Berufungsverfahren bekannt gewordenen Angelegenheiten zur Verschwiegenheit verpflichtet.

§ 5

Abstimmung in der Berufungskommission, Sitzungen

- (1) Die Sitzungen der Berufungskommission sind nicht öffentlich. Sie sind zu protokollieren.
- (2) Die Berufungskommission ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 vom Hundert der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind und die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in der Sitzung die Stimmenmehrheit besitzt. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist unverzüglich mit einer Frist von mindestens fünf Arbeitstagen schriftlich zu einer neuen Sitzung mit unveränderter Tagesordnung einzuladen. In diesem Fall ist die Berufungskommission bei Wahrung der Stimmenmehrheit der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auch beschlussfähig, wenn weniger als 50 vom Hundert der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Soweit das Einverständnis aller Mitglieder der Berufungskommission vorliegt, kann mit einer kürzeren als der in Satz 1 bestimmten Frist zu einer neuen Sitzung eingeladen werden. Das Vorliegen des Einverständnisses aller Mitglieder ist zu dokumentieren.
- (3) Die Beschlüsse über die Listenfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber nach § 6 Abs. 5 sowie die Listenplatzierung nach § 8 erfolgen nach Gruppen getrennt und bedürfen der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. Für die übrigen Beschlüsse genügt die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder der Berufungskommission. Kommt ein Beschluss nach Satz 1 auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, genügt für eine Entscheidung die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (4) Bei der Abstimmung unterlegene Mitglieder der Berufungskommission, die Gleichstellungsbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung sind berechtigt, dem Berufungsvorschlag ein Sondervotum beizufügen. Dieses muss in der Sitzung, in der über den Berufungsvorschlag abgestimmt wird, angekündigt und der oder dem Vorsitzenden der

Berufungskommission innerhalb einer Frist von einer Woche nach Beendigung der Sitzung schriftlich begründet werden und ist dem Protokoll der Sitzung beizufügen.

§ 6

Auswahlverfahren und Anhörung

- (1) Die Dekanin oder der Dekan stellt sicher, dass eine Übersicht der Bewerberinnen- und Bewerber, bestehend aus Kontakt- und Eingangsdaten erstellt und der Eingang der Bewerbungen zeitnah bestätigt wird. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist werden die Bewerbungen der oder dem Vorsitzenden der Berufungskommission übergeben. Bewerbungen, die nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingehen, werden nachgereicht. Sie können je nach Verfahrensstand im laufenden Berufungsverfahren berücksichtigt werden.
- (2) Die Berufungskommission stellt unverzüglich einen Terminplan auf und legt die Auswahlkriterien auf der Grundlage des in der Stellenausschreibung beschriebenen Anforderungsprofils und der in § 39 BbgHG beschriebenen Einstellungsvoraussetzungen sowie die Verfahrensweise der Begutachtung schriftlich fest. Hierbei ist der in § 39 Abs. 1 BbgHG geforderten pädagogischen Eignung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern und somit der Sicherung der Qualität der Lehre ein besonderer Stellenwert einzuräumen. Die pädagogische Eignung ist in der Regel durch Erfahrung in der Lehre oder entsprechende Weiterbildungen nachzuweisen. Bei der Beurteilung der pädagogischen Eignung soll die Wertung der Studierenden u. a. durch die nach Gruppen getrennte Abstimmung innerhalb der Berufungskommission besonders berücksichtigt werden.
- (3) Die Berufungskommission sichtet die Bewerbungsunterlagen und wählt auf der Grundlage der Auswahlkriterien geeignete Bewerberinnen und Bewerber für eine Anhörung aus. In Fachbereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind alle Bewerberinnen, die die formalen Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Abs. 1 BbgHG und die in der Ausschreibung genannten Kriterien erfüllen, zu einer Anhörung einzuladen. Ist dies aufgrund der hohen Anzahl von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern nicht möglich, sind mindestens ebenso viele Frauen wie Männer zur persönlichen Vorstellung einzuladen. Die Liste der einzuladenden Bewerberinnen und Bewerber ist vor der Einladung der zentrale Gleichstellungsbeauftragte zur Kenntnis zu geben.
- (4) Die Anhörung besteht aus mindestens einem hochschulöffentlichen Fach- oder Probevortrag sowie einem persönlichen Vorstellungsgespräch. Die Anhörung erfolgt innerhalb einer Frist von in der Regel maximal zehn Wochen nach Ablauf der Ausschreibungsfrist und in Vorlesungszeiten. Die Berufungskommission kann darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Prüfung der fachlichen und pädagogischen Eignung beschließen.
- (5) Nach der Anhörung und ggf. weiteren Maßnahmen zur Prüfung der fachlichen und pädagogischen Eignung beschließt die Berufungskommission gemäß § 5 Abs. 3 nach Gruppen getrennt eine Liste ohne Reihung mit in der Regel mindestens drei Bewerberinnen und Bewerbern, die sie für listenfähig hält. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann sie sich auf weniger als drei listenfähige Bewerberinnen und Bewerber einigen.
- (6) Bei der Berufung auf eine Professur können akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachhochschule Potsdam nur in begründeten Ausnahmefällen berücksichtigt werden und wenn sie zusätzlich nach ihrer Promotion die Hochschule gewechselt hatten oder mindestens zwei Jahre außerhalb der berufenden Hochschule wissenschaftlich oder künstlerisch tätig waren.
- (7) Nichtbewerberinnen oder Nichtbewerber, die von der Berufungskommission als fachlich hervorragend beurteilt werden, können auf der Berufsliste nach Absatz 5 berücksichtigt werden, sofern ihre Eignung durch geeignete Maßnahmen geprüft und festgestellt wurde. Die Prüfung der Eignung kann zum Beispiel im Rahmen eines Fachkolloquiums und eines persönlichen Gesprächs erfolgen. Die Vergleichbarkeit mit regulären Bewerbungen und regulären Bewerbungsunterlagen muss gewährleistet sein.

§ 7
Externe Gutachten

- (1) Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission holt auf der Grundlage eines Beschlusses der Berufungskommission über die nach § 6 Abs. 5 als listenfähig angesehenen Bewerberinnen und Bewerber mindestens zwei vergleichende Gutachten von auf dem Berufungsgebiet anerkannten, unabhängigen, auswärtigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder Künstlerinnen und Künstlern ein und weist diese darauf hin, dass die Gutachten umgehend erstellt werden müssen. Liegt ein externes Gutachten nach vier Wochen noch nicht vor, kann die Berufungskommission eine andere Gutachterin oder einen anderen Gutachter beauftragen.
- (2) Die Gutachterinnen und Gutachter sind auswärtig, wenn sie weder haupt- noch nebenberuflich regelmäßig an der Fachhochschule Potsdam tätig sind oder waren. Die Gutachterinnen und Gutachter müssen unabhängig, unbefangen und frei von persönlichen Bindungen zu den zu Begutachtenden sein. Soweit mindestens eine Frau für listenfähig befunden wurde, soll mindestens eine Gutachterin beauftragt werden. Die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter ist im Sitzungsprotokoll schriftlich darzulegen.
- (3) In den Gutachten sind die fachliche Qualifikation und Eignung der Bewerberinnen und Bewerber nach Aktenlage vergleichend zu bewerten. Das Gutachten soll eine Reihung vorsehen.

§ 8
Beschluss der Berufungskommission über die Berufsliste, Berufungsvorschlag

- (1) Nach Eingang der externen Gutachten stimmt die Berufungskommission gemäß § 5 Abs. 3 nach Gruppen getrennt mit der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder über die Listenplatzierung ab. Grundlagen der Entscheidung über die Listenplatzierung sind:
 1. die fachliche Qualifikation der Bewerberin oder des Bewerbers und die Übereinstimmung des fachlichen Profils der Bewerberin oder des Bewerbers mit der Ausschreibung einschließlich der Prüfung der Einstellungs Voraussetzungen des § 39 BbgHG,
 2. die Anhörung gemäß § 6 Abs. 4,
 3. die Auswertung und inhaltliche Auseinandersetzung mit den externen Gutachten sowie
 4. § 7 Abs. 3 BbgHG (Gleichstellungsförderung).

Der fachlichen und persönlichen Qualifikation und insbesondere der pädagogischen Eignung kommt hierbei besonderes Gewicht zu. Der Berufungsvorschlag hat in der Regel die Namen von drei Bewerberinnen und Bewerbern in Rangfolgen zu enthalten. Der Berufungsvorschlag kann in Ausnahmefällen weniger als drei Namen zu enthalten, dies ist besonders begründen.
- (2) Über die Vergabe eines jeden Ranges in der Berufsliste (Listenplatz) wird getrennt abgestimmt. Die Abstimmung über einen nachfolgenden Listenplatz darf erst erfolgen, wenn ein Beschluss über den vorhergehenden Listenplatz erfolgt ist. Danach erfolgt die Abstimmung über die Berufsliste. Die Abstimmungen erfolgen gemäß § 5 Abs. 3 nach Statusgruppen getrennt. Das Stimmenverhältnis ist im Sitzungsprotokoll nach Gruppen getrennt zu protokollieren.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte hat gemäß § 66 Abs. 4 BbgHG das Recht, zum Berufungsvorschlag schriftlich Stellung zu nehmen.
- (2) Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission leitet den Berufungsvorschlag mit folgenden Unterlagen an den Fachbereichsrat weiter:
 1. ein zusammenfassendes Gutachten, welches folgende Inhalte abdecken muss:
 - a) Ablauf des Berufungsverfahrens
 - Stellenwidmung und Ausschreibung,
 - Wahl der Berufungskommission,
 - Entscheidung über die Listenfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber nach § 6 Abs. 5 (Abstimmungsergebnis einschließlich Stimmenverhältnis nach Gruppen getrennt und schriftliche Begründung),
 - Beschluss des Berufungsvorschlags,

- Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter nach § 7 Abs. 1,
 - b) Bewerberinnen und Bewerber
 - Übersicht der Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 6 Abs. 1,
 - ggf. Rücknahme von Bewerbungen,
 - Auswahl der zur Anhörung gemäß § 6 Abs. 3 eingeladenen Bewerberinnen und Bewerber (Abstimmungsergebnis und schriftliche Begründung),
 - Zusammenstellung der Bewerberinnen und Bewerber, die für die Anhörung nicht berücksichtigt wurden, sowie Benennung der Gründe der Nichtberücksichtigung in Kurzform,
 - Bemerkungen zu den eingeladenen und nicht platzierten Bewerberinnen und Bewerbern,
 - c) Begründung des Berufungsvorschlags
 - Begründung der Reihung mit vergleichender Würdigung der Bewerberinnen und Bewerber hinsichtlich ihres Werdegangs und der Einstellungsvoraussetzungen gemäß § 39 BbgHG und § 6 unter Einbeziehung der externen vergleichenden Gutachten, sowie der Anhörung,
 - soweit der Berufungsvorschlag weniger als drei Bewerberinnen und Bewerber umfasst, sind die Gründe dafür durch die Berufungskommission darzulegen
2. eine Kopie des Ausschreibungstextes und die Aufzählung der Publikationsmedien einschließlich der Veröffentlichungstermine sowie der Aufgaben- und Funktionsbeschreibung
3. Protokolle und Unterlagen
 - Sitzungsprotokolle der Berufungskommission mit ggf. Stellungnahmen und Sondervoten,
 - Protokolle von Fachbereichsrat und Senat (die Protokolle müssen die Anwesenheit, die Stimmberechtigung und die Gruppenzugehörigkeit ausweisen),
 - die externen Gutachten gemäß § 7, die Ergebnisse der Auswertung der externen Gutachten und der Beschluss über die Listenplatzierung gemäß § 8, (Abstimmungsergebnis einschließlich Stimmenverhältnis nach Gruppen getrennt und schriftliche Begründung),
 - Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten gemäß § 8 Abs. 3,
 - Stellungnahme der Schwerbehindertenvertretung und gegebenenfalls Sondervoten gemäß § 5 Abs. 4,
 - Bewerbungsunterlagen der listenplatzierten Bewerberinnen und Bewerber, insbesondere
 - Bewerbungsschreiben,
 - Lebenslauf,
 - Zeugnisse und Qualifikationsnachweise (in der Regel Hochschulgrad, Promotionsurkunde),
 - Verzeichnis der wissenschaftlichen Schriften oder künstlerischen Veröffentlichungen
4. qualifizierte, nachvollziehbare Begründungen bei Abweichung von Vorschriften dieser Satzung und des Brandenburgischen Hochschulgesetzes, die Regelfälle normieren, einschließlich Soll-Vorschriften sowie qualifizierte Begründung bei Inanspruchnahme von Ausnahmeregelungen.

§ 9

Beschluss des Fachbereichsrats über die Berufungsliste

- (1) Der Fachbereichsrat beschließt in nicht-öffentlicher Sitzung über den Berufungsvorschlag der Berufungskommission. In den Beschluss ist die Stellungnahme der zentralen Gleichstellungsbeauftragten nach § 8 Abs. 3 einzubeziehen. Die Abstimmung ist nach Gruppen getrennt zu protokollieren. Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission ist zu den Beratungen des Fachbereichsrats hinzuzuziehen.

- (2) Stimmberechtigt sind die Mitglieder des Fachbereichsrats – mit Ausnahme der Gruppe der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die beratend mitwirken – und alle dem Fachbereich angehörenden Professorinnen und Professoren.
- (3) Der Fachbereichsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder des Fachbereichsrats anwesend sind und die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Stimmenmehrheit besitzt. Beschlüsse über die Berufungsliste erfordern die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (4) Der Fachbereichsrat kann dem Vorschlag der Berufungskommission durch Beschluss zustimmen oder unter Angabe von Gründen das Berufungsverfahren an die Berufungskommission zu einer erneuten Beratung und Beschlussfassung zurückverweisen. Mit der Zurückverweisung lebt die Zuständigkeit der Berufungskommission wieder auf.
- (5) Der Fachbereichsrat kann den Vorschlag der Berufungskommission nicht durch einen Eigenen ersetzen.
- (6) Stimmt der Fachbereichsrat auch der dritten Vorlage eines Berufungsvorschlags durch die Berufungskommission nicht zu, gilt das Berufungsverfahren als unerledigt abgeschlossen.
- (7) Die Unterlagen des Berufungsvorschlags gemäß § 8 Abs. 4 werden um den Beschluss des Fachbereichsrats über den Berufungsvorschlag (mit Abstimmungsergebnis nach Gruppen getrennt und Sitzungsprotokoll) ergänzt.

Unterabschnitt 3: Entscheidung des Senats

§ 10

Prüfung der Rechtmäßigkeit des Verfahrens, Übergabe des Berufungsvorgangs an den Senat

- (1) Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission übergibt den vom Fachbereichsrat beschlossenen Berufungsvorschlag mit den Unterlagen nach § 8 Abs. 4 und § 9 Abs. 7 zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Berufungsverfahrens an die für Berufsangelegenheiten zuständige Stelle der Verwaltung.
- (2) Bestehen begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Berufungsverfahrens, leitet die für Berufsangelegenheiten zuständige Stelle der Verwaltung den Berufungsvorgang unter Angabe der Gründe der oder dem Vorsitzenden der Berufungskommission zur erneuten Bearbeitung und gegebenenfalls Beschlussfassung durch die Berufungskommission zu und informiert die Dekanin oder den Dekan sowie die Präsidentin oder den Präsidenten.
- (3) Nach erfolgreicher Prüfung der Rechtmäßigkeit des Berufungsverfahrens gibt die für Berufsangelegenheiten zuständige Stelle der Verwaltung die Unterlagen an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Berufungskommission zurück und informiert die Dekanin oder den Dekan sowie die Präsidentin oder den Präsidenten.
- (4) Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission beantragt im Benehmen mit der Dekanin oder dem Dekan die Beschlussfassung des Senats und übergibt dazu die Unterlagen des Berufungsvorschlags nach § 8 Abs. 4 und § 9 Abs. 7 an die Geschäftsstelle des Senats.

§ 11

Beschluss des Senats über die Berufsliste

- (1) Der Senat beschließt in nicht-öffentlicher Sitzung über den Berufungsvorschlag. Die Abstimmung erfolgt durch die stimmberechtigten Mitglieder des Senats; sie ist nach Gruppen getrennt zu protokollieren. Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission ist zu den Beratungen im Senat hinzuzuziehen und erstattet dem Senat über den Berufungsvorgang Bericht.
- (2) Stimmberechtigt sind die Mitglieder des Senats – mit Ausnahme der Gruppe der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die beratend mitwirken.

- (3) Der Senat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind und die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer die Stimmenmehrheit besitzt. Beschlüsse über die Berufsungsliste erfordern die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (4) Der Senat kann durch Beschluss nach Absatz 1 dem Berufungsvorschlag zustimmen oder ihn ablehnen und unter Angabe der Gründe an den Fachbereichsrat zur erneuten Beratung und Beschlussfassung zurückverweisen.
- (5) Der Senat kann den Berufungsvorschlag des Fachbereichsrats nicht durch einen eigenen ersetzen.
- (6) Stimmt der Senat auch der dritten Vorlage eines Berufungsvorschlags durch die Berufungskommission nicht zu, gilt das Berufungsverfahren als unerledigt abgeschlossen.
- (7) Die oder der Vorsitzende des Senats übergibt den um den Beschluss des Senats ergänzten Berufungsvorschlag (mit Abstimmungsergebnis nach Gruppen getrennt und Sitzungsprotokoll) an die Präsidentin oder dem Präsidenten.

Unterabschnitt 4: Berufung, Fristen und Information von Bewerberinnen und Bewerbern

§ 12

Ruferteilung durch die Präsidentin oder den Präsidenten

- (1) Die Präsidentin oder der Präsident der Hochschule erteilt auf Vorschlag des Senats den Ruf.
- (2) Bei der Ruferteilung ist die Präsidentin oder der Präsident der Hochschule an die im Berufungsvorschlag genannte Reihenfolge nicht gebunden. Beabsichtigt die Präsidentin oder der Präsident, den Ruf nicht in der Reihenfolge der Listenplatzierung auszusprechen, sind dem Senat und dem Fachbereichsrat die Gründe für das Vorgehen vor der Ruferteilung schriftlich mitzuteilen. Der Fachbereichsrat und der Senat nehmen hierzu Stellung.
- (3) Berufte die Präsidentin oder der Präsident keine vorgeschlagene Bewerberin oder keinen vorgeschlagenen Bewerber, gibt sie oder er den Berufungsvorschlag an die Dekanin oder den Dekan mit der Aufforderung zurück, einen neuen Berufungsvorschlag vorzulegen oder die Beschlussfassung über eine erneute Ausschreibung gemäß § 3 herbeizuführen.
- (4) Die Berufungsvorgänge werden für den Fall einer Überprüfung durch die Sachverständigenkommission gemäß § 38 Abs. 6 BbgHG durch die für Berufsungsangelegenheiten zuständige Stelle aufbereitet und archiviert.

§ 13

Berufsungsverhandlung, Rufannahme und Ernennung

- (1) Auf der Grundlage des Rufes führt die Präsidentin oder der Präsident mit der Bewerberin oder dem Bewerber Berufsungsverhandlungen gemäß § 2 der „Satzung der Fachhochschule Potsdam über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen“.
- (2) Die Bewerberin oder der Bewerber hat die Annahme des Rufes in der Regel innerhalb von zehn Wochen nach Ruferteilung zu erklären. Die zur Berufsungsverhandlung geladene Bewerberin oder der zur Berufsungsverhandlung geladene Bewerber ist auf die Frist schriftlich hinzuweisen. Die Präsidentin oder der Präsident kann der Bewerberin oder dem Bewerber zur Rufannahme eine andere Frist setzen.
- (3) Nach Fristablauf gilt der Ruf als nicht angenommen und die Präsidentin oder der Präsident erteilt auf der Basis der Berufsungsliste einen neuen Ruf und nimmt die Berufsungsverhandlungen auf.
- (4) Nimmt keine oder keiner der auf der Liste platzierten Bewerberinnen oder Bewerber den Ruf innerhalb der vorgegebenen Frist an, gilt das Berufungsverfahren als unerledigt abgeschlossen.

- (5) Nach Rufannahme durch die Bewerberin oder den Bewerber leitet die Präsidentin oder der Präsident das Einstellungs- und Ernennungsverfahren ein, indem sie oder er die für die Ernennung erforderlichen Unterlagen der zuständigen obersten Landesbehörde übergibt.

§ 14

Dauer des Berufungsverfahrens

Das Berufungsverfahren soll vom Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung bis zum Zeitpunkt der Rufannahme ein Jahr nicht überschreiten. Dauert es länger als zwei Jahre, gilt es in der Regel als unerledigt abgeschlossen. Über Ausnahmen entscheidet die Präsidentin oder der Präsident.

§ 15

Information von Bewerberinnen und Bewerbern

- (1) Die Bestätigung des Eingangs der Bewerbungsunterlagen gemäß § 6 Abs. 1 erfolgt in der Regel innerhalb von zehn Werktagen.
- (2) Den Bewerberinnen und Bewerbern werden von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Berufungskommission mindestens folgende Zwischennachrichten erteilt:
- Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zu einer Anhörung gem. § 6 Abs. 4 geladen werden, werden hierüber nach der Entscheidung der Berufungskommission informiert;
 - Bewerberinnen und Bewerber, die zu einer Anhörung gem. § 6 Abs. 4 geladen wurden, aber nicht auf der Berufungsliste lt. § 8 Abs. 2 platziert werden, werden hierüber nach dem Beschluss des FBR informiert.

Bewerberinnen und Bewerber, die auf der Berufungsliste platziert sind, werden hierüber von der für Berufsangelegenheiten zuständigen Stelle in der Verwaltung informiert.

- (3) Unmittelbar nach Annahme des Rufs durch die Bewerberin oder den Bewerber und spätestens vierzehn Tage vor Ernennung oder Einstellung werden die nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber, die auf der Berufungsliste platziert waren, durch die für Berufsangelegenheiten zuständige Stelle in der Verwaltung darüber informiert, dass eine Ernennung oder Einstellung unmittelbar bevorsteht. Sie erhalten aber keine Auskunft darüber, welche Bewerberin oder welcher Bewerber ernannt oder eingestellt wird.
- (4) Bei entsprechender Nachfrage von nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerbern sind diese durch die Dekanin oder den Dekan oder im Falle nicht berücksichtigter listenplatzierter Bewerberinnen und Bewerber durch die für Berufsangelegenheiten zuständige Stelle der Verwaltung auf die Möglichkeit der Stellung eines Antrags auf Akteneinsicht hinzuweisen. Um die Rechtsschutzmöglichkeit der nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber nicht zu vereiteln, ist der Antrag auf Akteneinsicht zügig zu bescheiden.
- (5) Nach Abschluss des Einstellungs- und Ernennungsverfahrens werden alle nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber durch die Dekanin oder den Dekan darüber informiert, dass das Berufungsverfahren abgeschlossen ist. Mit diesen Schreiben werden die Bewerbungsunterlagen zurückgesandt.

Nicht berücksichtigte Bewerberinnen und Bewerber, die auf der Berufungsliste platziert waren, werden durch die für Berufsangelegenheiten zuständige Stelle in der Verwaltung informiert.

Unterabschnitt 5: Erneuter Beginn des Berufungsverfahrens

§ 16

Erneuter Beginn des Berufungsverfahrens

- (1) Ein Berufungsverfahren kann erneut beginnen, wenn
1. mangels hinreichender Zahl qualifizierter Bewerbungen keine Berufungsliste gemäß § 8 zustande kommt,

2. das Berufungsverfahren aufgrund endgültiger Ablehnung des Berufungsvorschlags der Berufungskommission im Fachbereichsrat oder Senat nach § 9 Abs. 6 und § 11 Abs. 6 als unerledigt abgeschlossen gilt,
 3. das Berufungsverfahren mangels fristgerechter Rufannahme nach § 13 Abs. 4 als unerledigt abgeschlossen gilt oder
 4. nach § 14 Satz 2 das Berufungsverfahren vom Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung bis zum Zeitpunkt der Rufannahme zwei Jahre überschreitet.
- (2) Eine erneute Entscheidung nach § 2 ist entbehrlich, soweit die Aufgaben- und Funktionsbeschreibung sowie der Ausschreibungstext nicht geändert werden und zwischen der Erstausschreibung und der erneuten Ausschreibung nicht mehr als zwei Jahre liegen.
- (3) Die Bildung einer neuen Berufungskommission nach § 4 ist entbehrlich, wenn die Aufgaben- und Funktionsbeschreibung der Professur nicht wesentlich geändert wird.
- (4) Die bereits vorliegenden Bewerbungen gelten bei Zustimmung durch die Bewerberinnen und Bewerber auch als Bewerbungen für die Neuausschreibung. Ein erneutes Vorstellungsgespräch sowie eine erneute Prüfung der pädagogischen Eignung nach § 6 sind entbehrlich, wenn sich die Besetzung der Berufungskommission nicht geändert hat. Liegt zwischen den einzelnen Vorstellungsgesprächen eine zeitliche Differenz von mehr als einem Jahr, ist eine erneute Anhörung durchzuführen.

Abschnitt 3: Außerordentliches Berufungsverfahren

§ 17

Voraussetzungen der außerordentlichen Berufung ohne Ausschreibung

- (1) In Ausnahmefällen können aufgrund ihrer exzellenten Lehr- und Forschungsleistungen herausragend ausgewiesene Persönlichkeiten ohne Ausschreibung der Professur berufen werden.
- (2) Das außerordentliche Berufungsverfahren soll insbesondere dann gewählt werden, wenn es gilt, eine herausragende Persönlichkeit für die grundlegende Erneuerung eines Fachgebiets oder die Profilierung eines Schwerpunkts zu gewinnen und dafür eine schnelle Rekrutierung geboten ist.
- (3) Eine aufgrund ihrer Lehr- und Forschungsleistung herausragende Persönlichkeit sollte international anerkannt und ihr Fachgebiet nachweislich weiterentwickelt haben oder herausragende Leistungen als Nachwuchswissenschaftlerin oder Nachwuchswissenschaftler bzw. Nachwuchskünstlerin oder Nachwuchskünstler erbracht haben.

§ 18

Verfahren

- (1) Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans über die Einleitung des außerordentlichen Berufungsverfahrens.
- (2) Zur Vorbereitung des Berufungsvorschlags wird eine Berufungskommission gebildet. Für die Bildung und Tätigkeit der Berufungskommission gelten die §§ 4, 5 und 6.
- (3) Nach erfolgreicher Prüfung der grundsätzlichen Eignung der oder des zu Berufenden holt die oder der Vorsitzende der Berufungskommission mindestens vier Gutachten von auf dem Berufungsgebiet anerkannten auswärtigen, unabhängigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern oder Künstlerinnen oder Künstlern, von denen mindestens zwei im Ausland tätig sein sollen, ein. § 7 Abs. 2 gilt entsprechend. Die Gutachten müssen Aussagen darüber enthalten, ob die von der Berufungskommission benannte Person neben den Einstellungsvoraussetzungen nach § 39 Absätze 1, 3 oder 4 BbgHG auch die exzellenten Lehr- und Forschungsleistungen nach § 38 Abs. 8 Satz 1 BbgHG erfüllt.
- (4) Die Berufungskommission setzt sich mit den Gutachten inhaltlich auseinander und entscheidet gemäß § 8 über den Berufungsvorschlag. In dem Berufungsvorschlag hat die Berufungskommission zu begründen, inwiefern die Persönlichkeit die mit der zu besetzenden Professur verbundenen

hohen Qualitätsstandards erfüllt und aufgrund ihrer Erfahrungen und bisherigen Leistungen offenkundig geeignet ist, das Profil des Fachbereichs und der Hochschule zu stärken.

§ 19

Außerordentliche Berufung durch die Präsidentin oder den Präsidenten

Die Präsidentin oder der Präsident erteilt nach Beschluss des Fachbereichsrats und des Senats im Einvernehmen mit der für die Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde den Ruf und führt die Berufungsverhandlungen. § 12 Absätze 2 und 3 gelten entsprechend. Für die Rufannahme gilt § 13 entsprechend.

§ 20

Dauer des außerordentlichen Berufungsverfahrens, Dokumentation

Das außerordentliche Berufungsverfahren soll vom Zeitpunkt der Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten über die Einleitung des außerordentlichen Berufungsverfahrens nach § 18 Abs. 1 bis zur Rufannahme ein Jahr nicht überschreiten. Beträgt es länger als zwölf Monate gilt es als unerledigt abgeschlossen. Das außerordentliche Berufungsverfahren ist analog einem ordentlichen Berufungsverfahren zu dokumentieren.

Abschnitt 4: Verfahren zur Bestellung von Honorarprofessuren

§ 21

Bestellungsvoraussetzungen

- (1) Zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor kann bestellt werden, wer in einem Fach aufgrund hervorragender wissenschaftlicher oder künstlerischer Leistungen den Anforderungen entspricht, die an Professorinnen und Professoren gemäß § 39 BbgHG gestellt werden.
- (2) Die Bestellung setzt eine mehrjährige Lehrtätigkeit an einer Hochschule, vorzugsweise an der Fachhochschule Potsdam, voraus. Hiervon kann in begründeten Ausnahmefällen bei besonderen Leistungen in einer mehrjährigen beruflichen Praxis abgesehen werden.
- (3) Zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor darf nicht bestellt werden, wer hauptberuflich an der Fachhochschule Potsdam tätig ist.

§ 22

Verfahren zur Bestellung

- (1) Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren werden auf Antrag des Fachbereichsrats oder in einem Fall des § 1 Abs. 2 auf Antrag des Senates und nachdem Senat, Gleichstellungsbeauftragter sowie Schwerbehindertenvertretung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, von der Präsidentin oder dem Präsidenten bestellt.
- (2) Auf Antrag einer Professorin oder eines Professors des Fachbereichs oder eines Mitglieds des Fachbereichsrats wird das Verfahren vom Fachbereichsrat eröffnet. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 1. Lebenslauf,
 2. Zeugnisse und Qualifikationsnachweise,
 3. Nachweis über hervorragende wissenschaftliche oder künstlerische oder berufspraktische Leistungen im Sinne des § 39 BbgHG,
 4. Nachweis über eine mehrjährige Lehrtätigkeit an einer Hochschule oder über besondere wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen in einer mehrjährigen beruflichen Praxis.
- (3) Bei positiver Entscheidung des Fachbereichsrats über die Eröffnung des Verfahrens holt die oder der Fachbereichsratsvorsitzende zwei Gutachten von anerkannten, unabhängigen, auswärtigen Persönlichkeiten ein, die das Fachgebiet vertreten, in dem die Person wirkt, die zur Honorarprofessorin oder zum Honorarprofessor bestellt werden soll.

Satzung über die Durchführung von Verfahren zur Berufung von Professorinnen und Professoren, Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sowie Beschäftigung von Gastprofessorinnen und Gastprofessoren und Gastdozentinnen und Gastdozenten der Fachhochschule Potsdam (Berufungssatzung Fachhochschule Potsdam)

Amtliche Bekanntmachung der Fachhochschule Potsdam Nr. 180 vom 09.04.2010

- (4) Der Fachbereichsrat beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen nach Würdigung der vorgelegten Unterlagen und Gutachten in nicht-öffentlicher Sitzung über den Bestellungsvorschlag. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder des Fachbereichsrats.
- (5) Der Senat nimmt zu dem Beschluss des Fachbereichsrats Stellung; die Bestellung erfolgt durch die Präsidentin oder den Präsidenten.

§ 23
Titelführung

Mit der Bestellung ist die Berechtigung zur Führung der akademischen Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ verbunden. Bereits bestellten Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren gilt die Bezeichnung mit Inkrafttreten der 4. Novelle des BbgHG als mit der Bestellung verliehen. Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet auf Vorschlag des Fachbereichsrates oder in Fällen, in denen die Professur keinem Fachbereich zugeordnet oder in mehr als einem Fachbereich tätig ist, auf Vorschlag des Senats, ob diese Bezeichnung auch nach einer Verabschiedung geführt werden darf.

§ 24
Stellung und Pflichten von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren stehen als solche in keinem Dienstverhältnis zur Hochschule. Als Hochschulangehörige haben sie nur ein aktives Wahlrecht. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren sind verpflichtet, regelmäßig Lehrveranstaltungen durchzuführen. Die Präsidentin oder der Präsident regelt den Umfang der Lehrverpflichtungen. Sie soll mindestens zwei Semesterwochenstunden betragen.

§ 25
Rückgabe und Entziehung einer Honorarprofessur, Verabschiedung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren

- (1) Eine Honorarprofessur kann zurückgegeben werden. Hierüber sind die an der Bestellung beteiligten Hochschulorgane zu informieren. Das Recht zur Titelführung richtet sich nach § 53 Abs. 2 BbgHG.
- (2) Eine Honorarprofessur kann durch die Präsidentin oder den Präsidenten nach Anhörung des Fachbereichsrats und des Senats entzogen werden. Eine Entziehung kommt insbesondere dann in Betracht, wenn die Honorarprofessorin oder der Honorarprofessor ihre oder seine Pflichten verletzt oder durch ihr oder sein Handeln dem Ruf der Hochschule schadet.

Abschnitt 5: Verfahren zur Besetzung von nebenberuflichen Professuren

§ 26
Berufungsvoraussetzungen

Professorinnen und Professoren können gemäß § 52 BbgHG auch nebenberuflich mit weniger als der Hälfte der Dienstaufgaben der hauptberuflich tätigen Professorinnen und Professoren beschäftigt werden, wenn der Hauptberuf zu den Aufgaben der Professur in einem förderlichen inhaltlichen Zusammenhang steht und durch ihn eine Beeinträchtigung dienstlicher Belange nicht zu befürchten ist. Der Anteil der nebenberuflichen Professuren darf zehn Prozent der Gesamtzahl der Professoren nicht überschreiten.

§ 27
Verfahren

Nebenberufliche Professuren sind auszuschreiben und durchlaufen ein Auswahlverfahren analog des in Abschnitt 2 dieser Satzung beschriebenen Verfahrens für die Durchführung Ordentlicher Berufungsverfahren.

§ 28
Titelführung

- (1) Mit der Berufung zur nebenberuflichen Professorin oder zum nebenberuflichen Professor ist die akademische Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ verliehen. Scheidet eine nebenberufliche Professorin oder ein nebenberuflicher Professor vor Ablauf von fünf Jahren seit der Erstberufung aus,

darf er diese Bezeichnung nur führen, wenn die Hochschule im Einvernehmen mit der für die Hochschule zuständigen obersten Landesbehörde dem zustimmt.

- (2) Die Führung der akademischen Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ kann nach Anhörung des Betroffenen durch die Präsidentin oder den Präsidenten untersagt werden, wenn
 - der Hauptberuf nicht nur vorübergehend wegfällt,
 - der Betroffene sich der Führung der Bezeichnung als unwürdig erweist oder
 - der Betroffene mindestens zwei Monate schuldhaft seine Dienstaufgaben nicht erfüllt.

§ 29

Stellung und Pflichten von nebenberuflichen Professorinnen und Professoren

- (1) Nebenberuflich beschäftigte Professorinnen und Professoren können ausschließlich oder überwiegend Aufgaben in der Lehre übertragen werden. Art und Umfang der Lehrverpflichtung bestimmt die Präsidentin oder Präsident in Abstimmung mit der zuständigen Dekanin oder dem zuständigen Dekan.
- (2) Nebenberufliche Professorinnen und Professoren sind Angehörige der Hochschule und haben als solche nur ein aktives Wahlrecht. Abweichend von § 59 Abs. 1 Satz 1 BbgHG können nebenberufliche Professorinnen und Professoren stimmberechtigte Mitglieder in Berufungskommissionen nach § 38 Abs. 2 BbgHG in der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sein.

Abschnitt 6: Verfahren zur Besetzung von Gastprofessuren und Gastdozenturen

§ 30

Einstellungsvoraussetzungen, dienstrechtliche Stellung

Als Gastprofessorin oder Gastprofessor oder Gastdozentin oder Gastdozent kann beschäftigt werden, wer die Voraussetzungen des § 39 BbgHG erfüllt. Die Beschäftigung ist auf höchstens drei Jahre befristet; eine weitere Verlängerung ist nicht zulässig. Eine erneute Einstellung ist nur in Ausnahmefällen nach mehrjähriger Unterbrechung zulässig.

§ 31

Verfahren

- (1) Die Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten zum Abschluss des Dienstverhältnisses für eine Gastprofessur setzt einen von der Dekanin oder dem Dekan initiierten Beschluss des Fachbereichsrats sowie zwei Gutachten von anerkannten, unabhängigen, auswärtigen Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern oder Künstlerinnen oder Künstlern voraus, sofern der Abschluss eines Dienstverhältnisses als Gastprofessorin oder Gastprofessor mit einer Person beabsichtigt wird, die bislang an keiner anderen Hochschule als Professorin oder Professor berufen wurde.
- (2) Der Senat nimmt vor der Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten zum Abschluss des Dienstverhältnisses für eine Gastprofessur Stellung; auch der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (3) Für die Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten zum Abschluss des Dienstverhältnisses für eine Gastdozentur ist ein Beschluss des Fachbereichsrats erforderlich; die Verpflichtung zur Einholung externer Gutachten entfällt. Der Senat nimmt vor der Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten Stellung; auch der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Die Entscheidung setzt eine schriftliche Auseinandersetzung mit der Erfüllung der Anforderungen nach § 6 Absatz 2 voraus. Diese schriftliche Auseinandersetzung erfolgt in der Regel durch den zuständigen Fachbereichsrat. Hierfür holt die Dekanin oder der Dekan von der Person, die als Gastprofessorin oder Gastprofessor oder als Gastdozentin oder Gastdozent tätig werden soll, folgende Unterlagen ein:
 1. Lebenslauf,

2. Zeugnisse und Qualifikationsnachweise,
3. Verzeichnis der wissenschaftlichen Schriften oder künstlerischen Veröffentlichungen,
4. Nachweise über die Erfüllung der Voraussetzungen nach § 39 BbgHG.

Für die Beschlussfassung im Fachbereichsrat gilt § 9 entsprechend.

Für die Stellungnahme des Senats gilt § 11 entsprechend.

§ 32 Titelführung

Gastprofessorinnen und Gastprofessoren und Gastdozentinnen und Gastdozenten können die akademische Bezeichnung „Professorin“ oder „Professor“ nur führen, wenn sie an einer anderen Hochschule als Professorin oder Professor oder Juniorprofessorin oder Juniorprofessor berufen wurden und nach dem für diese Hochschule geltenden Recht zur Führung der akademischen Bezeichnung berechtigt sind.

Abschnitt 7: Verfahren zur befristeten und unbefristeten Verlängerung von Dienstverhältnissen als Professorin oder Professor

§ 33 Entbehrlichkeit der Ausschreibung

Ein befristetes Beschäftigungs- oder Beamtenverhältnis mit einer Professorin oder einem Professor kann ohne erneute Ausschreibung und Durchführung eines Berufungsverfahrens entfristet werden, wenn die Professur ursprünglich unbefristet ausgeschrieben war. Soll das Beschäftigungs- oder Beamtenverhältnis vorzeitig entfristet werden, muss die Professorin oder der Professor zusätzlich den Ruf auf eine unbefristete und mindestens gleichwertige Professur an einer anderen Hochschule vorlegen oder ein gleichwertiges Einstellungsangebot eines anderen Arbeitgebers glaubhaft machen. Das weitere Verfahren bestimmt sich nach den §§ 34 bis 37.

§ 34 Vorbereitung der Entscheidung in den Gremien

- (1) Die Dekanin oder der Dekan führt im Rahmen seiner Zuständigkeiten gemäß § 71 Abs. 3 BbgHG mit der befristet berufenen Professorin oder dem befristet berufenen Professor jährlich ein Personalgespräch über deren oder dessen Leistungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Bei einer Erstberufung führt die Dekanin oder der Dekan dieses Gespräch mindestens einmal pro Semester. Die Ergebnisse dieser Gespräche sind zu dokumentieren.
- (2) Befristet berufene Professorinnen und Professoren führen in jedem Semester studentische Lehrevaluationen durch, die der Beurteilung ihrer Leistungen dienen. Im Falle einer Erstberufung sind sämtliche durchgeführte Lehrveranstaltungen, im Falle der sonstigen befristeten Professuren mindestens drei Lehrveranstaltungen pro Semester durch die Studierenden zu evaluieren. Die Ergebnisse der studentischen Lehrevaluation sind – neben dem Erreichen der Zielvereinbarung – im Personalgespräch zu erörtern. Zusätzlich kann die Dekanin oder der Dekan stichprobenartig Lehrveranstaltungen der zu beurteilenden Person besuchen.
- (3) Spätestens vierundzwanzig Monate, im Falle einer Erstberufung spätestens sechs Monate vor Ablauf der Befristung holt die Dekanin oder der Dekan von der befristet berufenen Professorin oder dem befristet berufenen Professor einen Selbstbericht mit folgendem Inhalt ein:
 1. Angaben zu den Lehrleistungen während des zu beurteilenden Zeitraums, das heißt
 - a) durchgeführte Lehrveranstaltungen,
 - b) Ergebnis der durchgeführten Lehrevaluationen gemäß der Satzung zur Lehrevaluation an der Fachhochschule Potsdam,
 - c) Durchführung von Prüfungen sowie Beratung und Betreuung von Studierenden bei Studien-, Diplom-, Bachelor- und Masterarbeiten,
 - d) Teilnahme an didaktischen Fortbildungen,
 - e) künftige Projekte und Entwicklungsmöglichkeiten in der Lehre,
 2. Angaben zu den Forschungsleistungen während des zu beurteilenden Zeitraums, beispielsweise Publikationen seit der Berufung, gestellte Drittmittelanträge und eingeworbene Drittmittel,

- Kooperationen mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Teilnahme an Tagungen und Fortbildungen sowie Gutachertätigkeit, Transfertätigkeit, künftige Projekte und Entwicklungsmöglichkeiten in der Forschung,
3. Leistungen in der Weiterbildung,
 4. Erfüllung der Voraussetzungen für die Verlängerung des Dienstverhältnisses, soweit in der ursprünglichen Ausschreibung benannt,
 5. Notwendigkeit der Änderung oder Anpassung der Denomination der Professur.
- (4) Die Dekanin oder der Dekan erstellt auf Basis des Selbstberichts gemäß Absatz 4 und der dokumentierten Personalgespräche spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Befristung, im Fall einer Erstberufung spätestens fünfeinhalb Monate vor Ablauf der Befristung einen Bewertungsbericht und leitet daraus ihre oder seine Empfehlung für die Verlängerung oder Entfristung des Dienstverhältnisses ab.
- (5) Der zu bewertenden Person ist vor Weiterleitung des Vorgangs an den Fachbereichsrat Gelegenheit zur Stellungnahme zum Bewertungsbericht zu geben. Hierfür ist ihr der vollständige Bericht mit einer Stellungnahmefrist von mindestens zwei Wochen zu übermitteln.

§ 35

Beschluss des Fachbereichsrats und des Senats, Stellungnahmen der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung

- (1) Die Dekanin oder der Dekan leitet ihre oder seine Empfehlung mit dem Bewertungsbericht, dem Selbstbericht und, soweit vorhanden, der Stellungnahme der zu bewertenden Person nach § 34 Abs. 6 zur Beschlussfassung an den Fachbereichsrat weiter.
- (2) Für die Beschlussfassung des Fachbereichsrats gilt § 9 entsprechend.
- (3) Die Dekanin oder der Dekan holt zu dem Fachbereichsratsbeschluss die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten und, soweit Schwerbehinderte betroffen sind, die Stellungnahme der Schwerbehindertenvertretung ein und übergibt die Unterlagen zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Verfahrens an die für Berufungsangelegenheiten zuständige Stelle der Verwaltung.
- (4) Unmittelbar nach erfolgreicher Prüfung der Rechtmäßigkeit des Berufungsverfahrens übergibt die für Berufungsangelegenheiten zuständige Stelle der Verwaltung die Unterlagen an die Dekanin oder den Dekan. Daraufhin beantragt die Dekanin oder der Dekan die Beschlussfassung im Senat. Die Dekanin oder der Dekan übergibt dazu die Unterlagen gemäß Absatz 1, den Fachbereichsratsbeschluss sowie die Stellungnahmen gemäß Absatz 3 an die oder den Senatsvorsitzenden und informiert die Präsidentin oder den Präsidenten über den aktuellen Verfahrensstand.
- (5) Für die Beschlussfassung des Senats gilt § 11 entsprechend. Die oder der Senatsvorsitzende übergibt den Beschluss des Senats (mit Abstimmungsergebnis nach Gruppen getrennt und Sitzungsprotokoll) sowie die antragsbegründenden Unterlagen an die Präsidentin oder den Präsidenten.

§ 36

Entscheidung der Präsidentin oder des Präsidenten

- (1) Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet spätestens neun Monate, im Fall von Erstberufungen spätestens drei Monate vor Ablauf von befristeten Dienstverhältnissen über deren Verlängerung oder Entfristung.
- (2) Die Präsidentin oder der Präsident trifft die Entscheidung aufgrund der Empfehlungen der Dekanin oder des Dekans gemäß § 34 Abs. 5, der Beschlüsse des Fachbereichsrats und des Senats und der Stellungnahmen der Beauftragten gemäß § 35 und unter Beachtung der relevanten hochschul-, beamten- und arbeitsrechtlichen Gesichtspunkte.
- (3) Die Präsidentin oder der Präsident informiert die Professorin oder den Professor über die Entscheidung und leitet die arbeitsvertragliche Umsetzung ein.

Abschnitt 7: Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

§ 37

Inkrafttreten und Außerkraftsetzen von Bestimmungen der Grundordnung

Diese Berufungssatzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Fachhochschule Potsdam in Kraft. Zugleich treten §§ 35, 36 und 37 der Grundordnung der Fachhochschule Potsdam vom 26.01.2000, zuletzt geändert am 29.05.2001, außer Kraft.

Soweit in dieser Satzung auf Vorschriften des Brandenburgischen Hochschulgesetzes verwiesen wird, finden diese auch bei Änderungen ihrer Nummerierung Anwendung. Der Rektor wird ermächtigt, den Satzungstext mit den geänderten Nummerierungen neu bekannt zu machen, soweit keine inhaltliche Änderung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes erfolgt ist

Gez. Prof. Dr.-Ing. Johannes Vielhaber
Rektor
Potsdam, den 09.04.2010

**Ausführungsbestimmungen / Richtlinien
zur
Satzung über die Durchführung von Verfahren
zur Berufung von Professorinnen und Professoren,
Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessuren sowie
Beschäftigung von Gastprofessorinnen und Gastprofessoren und Gastdozentinnen und Gastdozenten
der Fachhochschule Potsdam
(Berufungssatzung Fachhochschule Potsdam vom 09.04.2010)**

zu § 2

zu Abs. 1:

Der Fachbereichsrat beschließt unter anderem zu folgenden Punkten:

1. Wiederbesetzung oder Nichtbesetzung der Professur,
2. im Falle der Wiederbesetzung über die Beibehaltung oder Änderung der Funktionsbeschreibung der Professur,
3. Ausweisung als W 2 oder W 3-Professur,
4. Dauer der Beschäftigung und Verlängerungsmöglichkeit bei befristeter Beschäftigung,
5. Übereinstimmung mit der Personal- und Entwicklungsplanung der Fachhochschule Potsdam, Abweichungen sind zu begründen,
6. Stellenprofil und fachliche Anforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber.

Eine Ausweisung als W 3-Professur erfolgt insbesondere in Fällen, in denen es gilt, durch die Besetzung einer Eckprofessur mit herausgehobener Bedeutung einen fachlichen Schwerpunkt zu setzen und eine weitere Profilierung des Fachbereichs und der Hochschule zu erreichen.

zu Abs. 3:

Die Kanzlerin oder der Kanzler nimmt als Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt Stellung, bevor die Entscheidung über die Ausschreibung getroffen wird.

Vor der Prüfung der Präsidentin oder des Präsidenten soll diese oder dieser mit der Dekanin oder dem Dekan - und im Fall einer gemeinsamen Berufung auch mit der außerhochschulischen Forschungseinrichtung - im Rahmen eines Strategiegespräches das Anforderungsprofil der zu besetzenden Professur erörtern sowie deren Bedeutung für die Ziele der Fachhochschule Potsdam, insbesondere zur Stärkung der in der Hochschulentwicklungsplanung definierten Profildbereiche und von Lehre und Forschung. Das Ergebnis des Gesprächs ist aktenkundig zu machen.

zu § 3

zu Abs. 1:

Der Ausschreibungstext ist so abzufassen, dass das Anforderungsprofil vollständig abgebildet wird. Sofern auf der Homepage der Fachhochschule Potsdam erläuternde Informationen zum Ausschreibungstext zur Verfügung gestellt werden, dürfen dort keine zusätzlichen Anforderungen benannt sein. Die Formulierung eines auf eine Person zugeschnittenen Ausschreibungstextes ist unzulässig.

Die Ausschreibung muss Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben und das fachliche Anforderungsprofil an die Bewerberinnen und Bewerber enthalten und in Übereinstimmung mit einer von der für Hochschulen zuständigen obersten Landesbehörde genehmigten Personalplanung stehen, die Bestandteil des Entwicklungsplans der Fachhochschule Potsdam ist.

Die Ausschreibung muss enthalten:

1. die Aufgaben- und Funktionsbeschreibung entsprechend der Besoldungsgruppe W 2 oder W 3,
2. die Anforderungen an die fachliche Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber sowie die Anforderungen, die sich aus der Besonderheit der Professur und des Fachgebiets ergeben,
3. den Fachbereich und, soweit erforderlich, die Lehreinheiten oder die Studiengänge, denen die Professur zugeordnet ist,

4. Zeitpunkt der Einstellung,
5. die voraussichtliche Dauer des Beschäftigungsverhältnisses und - im Falle befristeter Beschäftigung - gegebenenfalls ein Hinweis auf Verlängerungsmöglichkeit,
6. die Besoldungsgruppe,
7. den Verweis auf die allgemeinen Einstellungs Voraussetzungen nach § 39 BbgHG,
8. in Fachbereichen, in denen Hochschullehrerinnen unterrepräsentiert sind, die Zitierung des § 7 Abs. 3 BbgHG (Gleichstellungsförderung),
9. einen Hinweis darauf, dass Schwerbehinderte bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt werden,
10. die Anschrift, an die die Bewerbungen zu richten sind. In der Regel ist die Bewerbung an die Dekanin oder den Dekan, in Fällen einer fachbereichsübergreifenden Ausschreibung an die Senatsvorsitzende oder den Senatsvorsitzenden zu richten.
11. die Bewerbungsfrist. Diese beträgt in der Regel vier Wochen.

zu Abs. 3:

Vor der Veröffentlichung der Anzeige veranlasst die Präsidentin oder der Präsident die formale Prüfung des vom Fachbereich vorbereiteten und von der Präsidentin oder dem Präsidenten genehmigten Ausschreibungstextes und gibt ihn der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung bekannt.

Die Präsidentin oder der Präsident veranlasst die Veröffentlichung der Ausschreibung. Sie oder er informiert den Fachbereichsrat, die Gleichstellungsbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung über die Veröffentlichung der Ausschreibung.

zu Abs. 4:

Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission informiert geeignete Bewerberinnen und Bewerber über die Ausschreibung und fordert sie zur Bewerbung auf.

zu § 4

zu Abs. 1:

Die Präsidentin oder der Präsident bestimmt unmittelbar nach der Wahl im Fachbereichsrat ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied der Berufungskommission. Dieses Mitglied hat insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Hochschul- und Strukturplanung bei der Entscheidungsfindung der Berufungskommission Berücksichtigung findet und die Ziele der FHP in der Gleichstellung umgesetzt werden. Das Mitglied berichtet der Präsidentin oder dem Präsidenten regelmäßig über den aktuellen Stand des Berufungsverfahrens. Das von der Präsidentin oder dem Präsidenten bestimmte Mitglied soll einem anderen Fachbereich angehören.

zu Abs. 3:

Die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer des Fachbereichs kann statt einer externen sachverständigen Hochschullehrerin oder eines externen sachverständigen Hochschullehrers in besonderen Fällen auch eine auf dem Berufsgebiet ausgewiesene Persönlichkeit des öffentlichen Lebens wählen, die über entsprechende fachliche Qualifikationen verfügt. In diesen Fällen gehört diese Persönlichkeit der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an. Andernfalls ist sie als hochschulexterne sachverständige Person vom gesamten Fachbereich zu wählen und in der Berufungskommission der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuzuordnen. In diesem Fall erhöht sich zur Wahrung der Professorinnen- und Professorenmehrheit die Zahl der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in der Berufungskommission auf fünf Mitglieder. Die Zahl der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer verbleibt jedoch bei vier Mitgliedern, wenn das von der Präsidentin oder dem Präsidenten benannte stimmberechtigte Mitglied eine Hochschullehrerin oder ein Hochschullehrer ist.

In Fachbereichen mit weniger als drei akademischen Mitarbeiterinnen oder akademischen Mitarbeitern kann in Ausnahmefällen anstelle der akademischen Mitarbeiterin oder des akademischen Mitarbeiters nach Absatz 3 Nummer 2 ein Mitglied der Gruppe der sonstigen Mitarbeiter und sonstigen Mitarbeiterinnen bei entsprechender wissenschaftlicher Qualifikation, Funktion, Verantwortung und Betroffenheit zum stimmberechtigten Mitglied der Berufungskommission gewählt werden. Diese Voraussetzungen

sind beispielsweise erfüllt, wenn sie oder er einen auf dem Berufungsgebiet einschlägigen Hochschulgrad besitzt und auf dem Berufungsgebiet als wissenschaftsnahes Personal – beispielsweise als Labormitarbeiterin oder Labormitarbeiter - tätig ist. Das Vorliegen der Voraussetzungen ist vor der Wahl vom Vorsitzenden des Fachbereichsrats festzustellen und schriftlich im Protokoll der Sitzung zu dokumentieren. Die Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds aus der Gruppe der sonstigen Mitarbeiterinnen und sonstigen Mitarbeiter in die Berufungskommission erfolgt, abweichend von Absatz 1 Satz 2, durch die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und akademischen Mitarbeiter gemeinsam mit dem Vertreter oder der Vertreterin der sonstigen Mitarbeiter und sonstigen Mitarbeiterinnen.

Ein Mitglied der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nach Absatz 3 Nummer 1 kann einem anderen Fachbereich angehören.

zu Abs. 4:

Die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule hat das Recht auf Teilnahme, Information und Akteneinsicht bei Berufungsverfahren. Die Gleichstellungsbeauftragte kann ihre Rechte an die zuständige dezentrale Gleichstellungsbeauftragte delegieren. Sie wirkt in Zusammenarbeit mit dem von der Präsidentin oder dem Präsident bestimmten Mitglied der Berufungskommission auf eine Umsetzung des Gleichstellungskonzeptes der Fachhochschule Potsdam hin.

zu Abs. 7:

Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission ist für den gesamten Ablauf des Berufungsverfahrens und die Betreuung der Bewerberinnen und Bewerber verantwortlich; sie oder er berichtet bei Bedarf der Dekanin oder dem Dekan und dem Fachbereichsrat regelmäßig über den Stand des Verfahrens. Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission kann vom Fachbereichsrat bereits im Vorfeld der Vorbereitung des Berufungsverfahrens gewählt werden.

zu § 5

zu Abs. 1:

Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission lädt die Mitglieder der Berufungskommission schriftlich oder elektronisch mit einer Frist von mindestens fünf Arbeitstagen zu den Sitzungen der Berufungskommission ein. Die Präsidentin oder der Präsident und die Dekanin oder der Dekan sind über die Termine zu informieren. In dringenden Fällen kann mit Einverständnis aller Mitglieder der Berufungskommission die Ladungsfrist verkürzt werden.

Über jede Sitzung der Berufungskommission wird ein Sitzungsprotokoll erstellt, das mindestens folgende Angaben enthält:

- Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung,
- Namen, Gruppenzugehörigkeit der anwesenden Mitglieder,
- Beschlussfähigkeit,
- genehmigte Tagesordnung,
- wesentlicher Verlauf der Sitzung, Beratung,
- Wortlaut gestellter Anträge und Äußerungen, deren Niederschrift beantragt wurde,
- Abstimmungsergebnisse und Wahlergebnisse mit dazugehörigem Stimmenverhältnis nach Gruppen getrennt,
- qualifizierte, nachvollziehbare Begründungen der Abstimmungsergebnisse bei Abweichung von Vorschriften dieser Satzung und des Brandenburgischen Hochschulgesetzes, die Regelfälle normieren, einschließlich Soll-Vorschriften, sowie qualifizierte Begründungen bei der Inanspruchnahme von Ausnahmeregeln,
- gegebenenfalls Wortlaut der Änderungen des letzten Protokolls,
- Datum und (elektronische) Unterschrift der oder des Vorsitzenden der Berufungskommission.

zu Abs. 3:

Alle wesentlichen Entscheidungen der Berufungskommission, insbesondere die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber zum Vorstellungsgespräch, die Prüfung der Eignung nach § 6 Abs. 2, die Entscheidung über die Listenfähigkeit der Bewerberinnen und Bewerber nach § 6 Abs. 5, die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter nach § 7, die Entscheidung über die Listenplatzierung nach § 8 Abs. 1 und 2 er-

folgen durch Beschluss und durch in der Regel offene Abstimmung. Eine geheime Abstimmung hat auf Verlangen eines der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder zu erfolgen.

Näheres zu den Abstimmungen regelt die Grundordnung. Gem. § 13 Abs. 4 der derzeit gültigen Fassung ist die Mehrheit erreicht, wenn die Ja-Stimmen die Nein-Stimmen überwiegen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Bei neun Mitgliedern in der Berufungskommission sind für die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder fünf Ja-Stimmen nötig (unabhängig davon, wie viele Mitglieder bei der Sitzung anwesend sind). Bei acht Mitgliedern wären ebenfalls fünf Ja-Stimmen nötig (Stimmengleichheit vier : vier gilt als Ablehnung). Die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ist gegeben, wenn mehr als 50 % mit „Ja“ stimmen. Hat zum Beispiel die Berufungskommission neun Mitglieder und sind davon sieben anwesend, so reichen für einen Beschluss nach Absatz 4 Satz 2 vier Ja-Stimmen. Bei Beschlüssen über Listenfähigkeit und Listenplatzierung ist die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder erforderlich, sonst genügt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

zu § 6

zu Abs. 3:

Im Rahmen der Prüfung nach Absatz 2 Satz 1 untersucht die Berufungskommission zunächst die Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des § 39 Abs. 1 BbgHG. Diese sind:

1. einschlägig abgeschlossenes Hochschulstudium (*muss in Deutschland anerkannt sein*) (§ 39 Abs. 1 Nr. 1 BbgHG)
2. pädagogische Eignung (§ 39 Abs. 1 Nr. 2 BbgHG)
3. besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit, in der Regel durch eine qualifizierte Promotion, oder besondere Befähigung zu künstlerischer Arbeit (§ 39 Abs. 1 Nr. 3 BbgHG). Im Ausnahmefall können promotionsadäquate wissenschaftliche Leistungen, d.h. Publikationen oder wissenschaftliche Arbeiten, die den Anforderungen an eine Promotion entsprechen, eine Promotion ersetzen.
4. besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens dreijährigen beruflichen Praxis, von der mindestens zwei Jahre außerhalb des Hochschulbereiches ausgeübt worden sein müssen (§ 39 Abs. 1 Nr. 4 b BbgHG). In Bereichen mit hohem Drittmittelaufkommen oder erheblicher Personalverantwortung sind neben der mindestens dreijährigen Berufserfahrung bzw. den zusätzlichen wissenschaftlichen oder künstlerischen Leistungen umfassende Kompetenzen im Wissenschaftsmanagement nach § 39 Abs. 1 Nr. 4 c BbgHG erforderlich. Tätigkeiten vor Abschluss des Studiums sind nicht praxisrelevant. Als außerhochschulisch können im Einzelfall auch Tätigkeiten an Forschungsinstitutionen angesehen werden. Nebentätigkeiten können im tatsächlich erfolgten Umfang im Einzelfall Berücksichtigung finden. Bei Bewerberinnen oder Bewerber mit weniger als dreijähriger Berufserfahrung prüft die Berufungskommission, ob die Bewerberin oder der Bewerber über zusätzliche wissenschaftliche oder künstlerische Leistungen nach § 39 Abs. 1 Nr. 4 a BbgHG verfügt.

zu Abs. 5:

Ein begründeter Ausnahmefall nach § 6 Abs. 5 ist in der Regel gegeben, wenn eine wiederholte Ausschreibung nicht die erforderliche Zahl von qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern erwarten lässt. Dass eine erneute Ausschreibung nicht genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber bringt, ist dann zu vermuten, wenn das Ergebnis in einer (ersten) Ausschreibung in einem speziellen Fachgebiet erzielt wurde und angesichts des in der Fachwelt bekannten Bewerberinnen- und Bewerberkreises eine Wiederholung der Ausschreibung kein neues Resultat erwarten lässt.

Bei der Abstimmung über die Listenfähigkeit nach § 6 Abs. 5 ist das Stimmenverhältnis nach Gruppen getrennt zu protokollieren. Für die nicht als listenfähig befundenen Bewerberinnen und Bewerber ist schriftlich anzugeben, welche Auswahlkriterien nicht erfüllt sind.

Einigt sich die Berufungskommission auf weniger als drei listenfähige Bewerberinnen und Bewerber ist hierfür eine schriftliche Begründung erforderlich. Einer- und Zweierlisten können nicht damit begründet werden, dass unter den zahlreichen Bewerberinnen und Bewerbern eine oder einer oder zwei so deutlich herausragen, dass alle anderen Bewerberinnen und Bewerber daneben nicht würdig sind. Der Fachbereichsrat (vgl. § 9 Abs. 4), der Senat (vgl. § 11 Abs. 4) und die Präsidentin oder der Präsident (vgl. § 12 Abs.

4) können Berufungsvorschläge mit weniger als drei Namen an die Berufungskommission zur erneuten Behandlung zurückgeben.

zu § 7

zu Abs. 1:

Den Gutachterinnen oder Gutachtern werden mit dem Auftrag eine Kopie des Ausschreibungstextes und Kopien der Bewerbungsunterlagen übersandt.

zu Abs. 2:

An der Unabhängigkeit und Unbefangenheit fehlt es zum Beispiel, wenn die Gutachterinnen oder Gutachter Angehörige einer zu beurteilenden Bewerberin oder eines zu beurteilenden Bewerbers sind oder deren oder dessen Doktor- oder Habilitations-Gutachterin oder -Gutachter waren oder sind. Die Unbefangenheit der Gutachterinnen und Gutachter ist auch dann gefährdet, wenn sie Kenntnis von einer von der Hochschule bevorzugten Reihung haben.

zu § 8

zu Abs. 1:

Bei den Abstimmungen nicht anwesende Mitglieder der Berufungskommission haben die Möglichkeit, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, die bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt wird. Jedes überstimmte Mitglied der Berufungskommission kann ein Sondervotum mit schriftlicher Begründung abgeben. Die Stellungnahmen und Sondervoten sind von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden der Berufungskommission zu den Sitzungsprotokollen zu nehmen.

Erst nach Auseinandersetzung mit den Gutachten erfolgt die Beschlussfassung der Berufungskommission über die Reihung im Berufungsvorschlag. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Gutachten ist nachvollziehbar zu dokumentieren. Das Stimmverhältnis ist nach Gruppen getrennt darzustellen und zu protokollieren.

zu Abs. 4:

Zu den Fällen, in denen gemäß § 8 Abs. 4 Nr. 4 qualifizierte, nachvollziehbare Begründungen erforderlich sind zählen:

- Abweichung vom Grundsatz, dass die Ausschreibung in der Regel international erfolgt,
- Abweichung vom vorgegebenen Frauenanteil in der Berufungskommission,
- andere als die in der Berufungssatzung vorgegebene Zusammensetzung der Berufungskommission,
- Abweichung vom vorgegebenen Frauenanteil unter den Gutachtern,
- Abweichung vom Grundsatz, dass die Gutachterinnen und Gutachter auswärtig und unabhängig sein müssen,
- Berufungsvorschlag mit weniger als drei listenplatzierten Bewerberinnen und Bewerbern,
- Berücksichtigung von Nichtbewerberinnen und Nichtbewerbern,
- unbefristete Erstberufung entgegen § 40 Abs. 1 S. 4 BbgHG,
- keine hochschulöffentliche Bekanntmachung des Termins für den Probevortrags,
- Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit nicht durch Promotion, sondern durch promotionsadäquate wissenschaftliche Publikationen nachgewiesen (§ 38 Abs. 1 Nr.3),
- Berufung von Bewerberinnen und Bewerber ohne dreijährige berufliche Praxis, von der zwei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt wurde nach § 38 Abs. 3 S. 2, letzter Halbsatz i. V. m. § 38 Abs. 1 Nr. 4a BbgHG (z.B. im Falle der Habilitation),
- Berufung nach der so genannten Genieklausel (§ 38 Abs. 4 BbgHG),
- Begründung des Ausnahmefalls, in dem eine Abweichung vom so genannten Hausberufungsverbot möglich ist.

zu § 9

zu Abs. 2:

Die Mitglieder des Fachbereichsrates und alle dem Fachbereich angehörenden Professorinnen und Professoren erhalten die Möglichkeit, eine Woche vor der Sitzung, Einblick in die vollständigen Unterlagen des Berufungsvorgangs zu nehmen. Die Verschwiegenheitspflicht gem. § 4 Abs. 9 gilt entsprechend.

zu Abs. 3:

Näheres zu den Abstimmungen regelt die Grundordnung. Gem. § 13 Abs. 4 der derzeit gültigen Fassung ist die Mehrheit erreicht, wenn die Ja-Stimmen die Nein-Stimmen überwiegen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

zu § 11

zu Abs. 2:

Die Mitglieder des Senats erhalten die Möglichkeit, eine Woche vor der Sitzung, Einblick in die vollständigen Unterlagen des Berufungsvorgangs zu nehmen. Die Verschwiegenheitspflicht gem. § 4 Abs. 10 gilt entsprechend.

zu § 12

zu Abs. 2:

Ein Grund für das Abweichen der Präsidentin oder des Präsidenten von der von Fachbereichsrat und Senat beschlossenen Berufungsliste kann vorliegen, wenn die Berufungskommission offensichtlich vom Prinzip der Bestenauslese abgewichen ist.

zu § 13

zu Abs. 1:

An den Berufungsverhandlungen nehmen seitens der Hochschule die Präsidentin oder der Präsident, die Kanzlerin oder der Kanzler, die Dekanin oder der Dekan sowie die Leiterin oder der Leiter der Abteilung Personal teil. Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer können hinzugezogen werden.

Zur Vorbereitung der Berufungsverhandlungen werden die Personalunterlagen der oder des Erstplatzierten an die Leiterin oder den Leiter der Abteilung Personal zur Prüfung der Vergütungsmöglichkeiten bzw. besoldungsrechtlichen Voraussetzungen übergeben.

Die Dekanin oder der Dekan erstellt in Vorbereitung der Berufungsverhandlungen den Entwurf für eine Zielvereinbarung, die die Anforderungen an die Professur in Lehre, Forschung, Weiterbildung und hochschulischer Selbstverwaltung beschreibt.

Zur Vorbereitung der eigentlichen Berufungsverhandlung werden in einem Vorbesprechungstermin, an dem die Präsidentin oder der Präsident, die Kanzlerin oder der Kanzler, die Dekanin oder der Dekan sowie die Leiterin oder der Leiter der Abteilung Personal teilnehmen, die Inhalte der Zielvereinbarung erörtert sowie die Entscheidung über die finanziellen Randbedingungen der Professur (unter Berücksichtigung des Vergaberahmens des Fachbereichs) vorbereitet.

zu Abs. 5:

Folgende Unterlagen sind dem MWFK für die Ernennung zuzuleiten:

- a) Beamtenverhältnis:
 - Ruferteilung,
 - Rufannahme,
 - Gesundheits- und Führungszeugnis,
 - Protokoll der Berufungsverhandlungen,
 - Nachweis, dass eine entsprechende Planstelle im Hochschulhaushalt zur Verfügung steht sowie im Struktur- und Entwicklungsplan der Hochschule verankert ist.

- b) Angestelltenverhältnis:
 - Ruferteilung
 - Rufannahme
 - Führungszeugnis
 - Protokoll der Berufungsverhandlungen
 - Nachweis, dass eine entsprechende Planstelle im Hochschulhaushalt zur Verfügung steht sowie im Struktur- und Entwicklungsplan der Hochschule verankert ist.

zu § 15

zu Abs. 4:

Die Entscheidung über Anträge zur Akteneinsicht im Hinblick auf Widerspruchsverfahren bzw. Konkurrentenklagen trifft die Präsidentin oder der Präsident.

zu § 16

zu Abs. 2:

Wurde ein Berufungsverfahren aufgrund des Ablaufs der Zweijahresfrist nach § 14 Satz 2 als unerledigt abgeschlossen, ist eine erneute Entscheidung über die Funktionsbeschreibung der Professur notwendig. Vor der Ausschreibung ist die Professur dem MWFK erneut anzuzeigen.

zu § 22

zu Abs. 1:

Die Bestellung von Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren erfolgt in der Regel im Rahmen einer akademischen Feier, die der antragstellende Fachbereich organisiert. Der Termin ist rechtzeitig hochschulöffentlich bekannt zu machen und mit der Präsidentin oder dem Präsidenten abzustimmen. Die Studierenden des antragstellenden Fachbereichs sind einzuladen.

zu § 26

zu Satz 2:

Maßgeblich für die Zehn-Prozent-Grenze bei der Vergabe von nebenberuflichen Professuren sind Vollzeitäquivalente, nicht „Köpfe“ / Personen.

zu § 33

Eine Befristung des Beschäftigungs- oder Beamtenverhältnisses mit einer Professorin oder einem Professor kommt z. B. in folgenden Fällen in Betracht:

- Erstberufung gemäß § 41 Abs.1 BbgHG
- Stiftungsprofessuren oder andere aus Mitteln Dritter finanzierte Professuren
- Professuren, die nicht dauerhaft in der Entwicklungsplanung der Hochschule verankert sind bzw. einen vorübergehenden Bedarf in Lehre und Forschung decken sollen.

zu § 34

zu Abs. 1:

Das Personalgespräch umfasst insbesondere die Fragen der Erfüllung der Zielvereinbarung und der Ergebnisse der Lehrevaluation sowie die persönliche als auch thematische Integration in den Fachbereich.

Die Dekanin oder der Dekan kann zu ihrer oder seiner Unterstützung eine ständige Personalkommission einrichten, der in der Regel drei Professorinnen und Professoren des Fachbereichs sowie zwei Studierende angehören. Die Mitglieder der ständigen Personalkommission werden auf Vorschlag der Dekanin oder des Dekans durch den Fachbereichsrat gewählt. Die Gruppe der Professorinnen und Professoren wählt ihre Vertreter für vier Jahre, die Gruppe der Studierenden wählt ihre Vertreter für zwei Jahre. Die Gleichstellungsbeauftragte und - sofern es um die Belange von Schwerbehinderten geht - die Schwerbehindertenvertretung, haben das Recht zur Stellungnahme.